

Volks-Zeitung

Das Streikverbot aufgehoben!

Die Verhandlungen im Eisenbahnerstreik. — Wiederaufnahme der Arbeit voraussichtlich heute (Frh.). — Die drohende Gefahr eines Verkehrs-Generalstreiks in Berlin. — Die Forderungen der Strassenbahner und Hochbahnangestellten.

Mittwoch, Berlin, 29. Juni. (M. Z.)

Donnerstag morgen fand im Zirkus Busch eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter statt, die sich anfangs überwiegend für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprach. Nachdem sich ein großer Teil der Beamten zu einem Eingange bei dem Minister Deser begeben hatte, trat der unabhängige Paul Hoffmann an und sprach sich für die Fortsetzung des Streiks aus. Bei dem Eingange bei dem Minister wurde ein väterliches Gespräch zwischen der Beamenschaft und dem Minister erzielt. Der neuerwähnte erste Vorsitzende des Beamtenvereins bestätigte auf die mit großem Beifall aufgenommenen Worte des Ministers und erklärte nachdrücklich, daß die Beamten aus dem Lande sich entgegen der von den Berliner Beamten und Arbeitern zu erwartenden, falls diese etwa im Streik verharren sollten, Berlin ist nicht das Reich. Der Minister sagte zu den Reichswehrministern am sofortigen Aufhebung seines Streikverbotes zu erwidern, Arbeiter und Beamtenvertreter erklärten übereinstimmend, daß dann Montag früh die Arbeit allgemein aufgenommen werden würde. Bei einem zweiten Eingange in den Nebenraum erklärten Arbeitervertreter und vereinzelt Berliner Beamtenvertreter, daß insolge des Ausbleibens von Beamten von neuem Gespräche in die Reichswehrministerien sei. Der Streikverbot des Reichswehrministeriums ist Sonntag abend aufgehoben worden. Die Aufhebung ist sofort allen Berliner Eisenbahnstellen bekanntgegeben worden.

Wir begrüßen sowohl die Aufhebung des Poststreikverbotes als auch die Entscheidung, mit der sich Beamten und Arbeitervertreter gegen die Fortsetzung und Ausbreitung der verhängnisvollen Bewegung ausgesprochen haben, da wir uns über die Gefahren der einen wie der anderen Entscheidung niemals im Zweifel gewesen sind. Die Tatsache, daß die Zurückziehung des Streikverbotes noch vor der erfolgten Wiederaufnahme der Arbeit eingetreten ist, wird, wie wir ausdrücklich hoffen, die Arbeiter und Beamten sofort wieder aus der Hölle zurückführen. Auf keinen Fall dürfen die noch vorhandenen wirtschaftlichen Differenzen die Arbeitsaufnahme verzögern. Die Arbeiter und Beamten, deren Haltung wir sehr wohl kennen, müssen sich im Interesse des Volkswohls in dieser Frage auf den Weg der Verhandlungen begeben und die Verhandlungen müssen nach einmal alle Möglichkeiten erschöpfen, wie geschaffen werden lassen.

Dieselbe Haltung müssen wir auch an beide Parteien der neu ausgesprochenen Straßen- und Hochbahnstreiks richten, die heute bereits in einen allgemeinen Berliner Verkehrs-Generalstreik auszuliegen droht.

Von anderer Seite wird uns noch gemeldet: Der Streik der Eisenbahner in Groß-Berlin hat jetzt als beendet angesehen werden. In zahlreichen Bestimmungen, die von den Reichs- und Provinzialparlamenten, nahmen Arbeiter und Beamten zu dem Beschluß der Funktionäre vom Sonntag nachmittags Stellung, die die Wiederaufnahme der Arbeit empfahl. Es war ein Umschlag der Stimmung festzustellen, namentlich durch die Erklärung des Reichswehrministers, daß der Streik gegen das Streikverbot der Eisenbahner aufgehoben werden sollte. Es wurde schließlich in den weitest möglichen Verhandlungen gegen unerwünschte Nebenbestimmungen, am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Dieser Beschluß machte sich auf den Bahnhöfen bereits am gestrigen Sonntag bemerkbar. Die Arbeiter, die dort beschäftigt waren, erschienen zum Teil, die Beamten fast vollständig und so war es fast überall möglich, im Rahmen des gegenwärtigen Fahrplans die Fernzüge abzulassen. Der Vortragsreferat arbeitete gestern immer noch mit größeren Pausen, doch war immerhin eine Verbesserung nach dem Endpunkte möglich.

Die Versammlung im Zirkus Busch.

Nach der Versammlung im Zirkus Busch wird uns berichtet: Am Sonntagvormittag fand im Zirkus Busch eine Versammlung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter statt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Ein Teil des Zirkus war schon vorher von den „Wohlfühlern“ besetzt worden, die durch Zuzug der Beamten und Arbeiter zu ihnen verschoben. Der erste Vorsitzende des Bundes, Schmitt gab einen kurzen Bericht des Ganges der Verhandlungen und appellierte schließlich an die Pflichtgefühl und den Verantwortlichkeitsgefühl der Eisenbahner. Der nächste Redner, der Eisenbahnarbeitervertreter Lange, der erste Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, wurde niedergebühret und mußte schließlich auf dem Hofplatz verschwinden. — Der Abgeordnete Rumann (Wolgaburg) wird darauf hin, daß zuerst das Volk erklären müsse, die Parteikämpfe dürfen nicht zur Selbstzerfleischung führen. Daher sollte man bei der Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe vorwärts sein und sich nicht von unverantwortlichen Personen, die den Streik der Eisenbahner herbeiführen, ins Mittel setzen lassen. Späterhin habe sich der Sturm in der Versammlung gegen die Unverantwortlichkeit geäußert. Die Einbringung einer Ent-

schließung wüßte beruhigend auf die Rabaumacher. In dieser, die einstimmig angenommen wurde, wurde die sofortige Aufhebung des Streikverbotes und ferner unter anderem die Schließung einer Wirtschaftsbefehle sowie die Durchführung des wirtschaftlichen Streikverbotes betragt. Unvermutet schloß darauf der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Bundesleitung sich sofort ins Ministerium gegen die Weiterführung der Verhandlungen begeben müsse. Zum erstemmal der Zirkus seinen Gehörpunkt. Während die Versammlung sich auflöste, begann die Bewegung der unabhängigen Kandidaten Paul Hoffmann an sich auf die Bühne und forderte die Anwesenden auf, die Versammlung weiter fortzuführen. Er ließ sich auch durch Bühnenarbeiter, die die Bühne für die Radnachtsaufstellung herzurufen anfragen, nicht stören. Schließlich wußten die Bühnenarbeiter sich dadurch zu helfen, daß sie den Vorhang herunterließen.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner.

Heute geheime Abstimmung auf den Bahnhöfen.

Wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, herrscht in den Straßen der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahnen und neuerdings auch bei den Hochbahnern, den Angestellten der Stadtbahnen, der Straßenbahn und der Berliner Reichsbahn die Absicht, zur Erreichung wirtschaftlicher Verbesserungen, in einem gemeinsamen großen Streik zu treten. Die Bewegung geht von den Straßenbahner aus. Der einzigen Tages gab sich eine Kommission der Straßenbahner zum Berliner Vollzugsrat und ersuchte diesen, im Interesse der Verkehrsangehörigen einzugreifen. Der Vollzugsrat erklärte sich nicht zuständig und beauftragte dem Angehörigen eine Zusammenkunft mit dem Oberbürgermeister. Der Antrag, der dringend zur Berücksichtigung und sich auf den Standpunkt der Städtischen Wirtschaftstelle. Man möge die nächste Zukunft abwarten, ehe man übereilt wolle. Dieser Antrag ist von den radikalen Gruppen der Straßenbahner offenbar als eine Abweisung angesehen worden. Und so wurde am Sonntag eine Zusammenkunft mit dem Gewerkschaftsbund am Engländer eintreffen. Die Funktionäre der einzelnen Unternehmen erhielten Bericht über die Lage. Sie führten aus, daß im Falle der Straßenbahner, die eine Beihilfe von 600 bis 700 Mark von der Direktion verlangen, eine Verdoppelungsfakt gegeben werde, gegen die nachdrücklich Protest erhoben werden müsse. Die von der preussischen Regierung angelegte Entlassung der Lebensmittelpreise nehme sich auf dem Papier ganz aus, doch müsse man abwarten, ob sie sich in der Praxis durchsetzen lasse. Weiterhin wurde gegen den Reichs-Verkehrsminister als höchste Stelle genommen. Die Straßenbahner seien von dem Reich ebenfalls betroffen, wie die Eisenbahner, da die Straßenbahn juristisch als Kleinbahn anzusehen sei. Man müsse deshalb gegen jede beratige Verschönerung des Realisationsrechtes Einspruch erheben. Nach langen Debatten wurde schließlich beschlossen, im Falle des heutigen Montags, wenn dies nicht schon am Sonntag geschehen könne, geheime Zusammenkünfte in den Betrieben vorzunehmen. Gehehe sich eine Mehrheit für den Streik, so solle der Verkehr am Montag abend ordnungsgemäß zu Ende geführt und der Zustand am Dienstag morgen begonnen werden.

Es ist die Frage, ob der Ausbruch der Bildung des Transportarbeiterverbandes finden wird. Befürchtlich fordern die Gewerkschaften, daß bei einem Streik Preisermehrungen für einen besseren Beschluß vorhanden sein muß. Bisher haben die Angestellten der Dombaugesellschaften sich dem Vorhaben der anderen Verkehrsangestellten offiziell noch nicht angeschlossen.

Einigung in Breslau.

Blutige Zusammenstoße mit der Reichswehr.

Breslau, 29. Juni. Der Reichs- und Staatsminister für Schienen und Wegposten, Högling, empfing am Sonntag nachmittag die Auslandsleitung der Breslauer Eisenbahner, die den Wunsch geäußert hatte, persönlich mit ihm zu verhandeln. Das Ergebnis der einstündigen Aussprache war die Herstellung vollkommener Übereinstimmung in allen wichtigen Punkten. Das Regionalpersonal nimmt am Sonntag vormittag den Dienst wieder auf, die Beschäftigten werden sich am Sonntag, 10 Uhr, versammeln, um die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu beschließen.

Infolge des Einrückens der Regierungstruppen kam es gestern auf dem Bahnhofsplatz in der Gartenstraße und der Neuen Taschenstraße zu blutigen Zusammenstößen, die mehrere Verwundete forderten. Der Verhängnis des Belagerungszustandes ist gestern auch das Verbot der unabhängigen und der kommunistischen Zeitung erfolgt.

„Es ist vollbracht!“ Die radikalen Blätter der Berliner Presse sind gestern mit diesem Trauerstand erschienen. „Es ist vollbracht!“ hand über den „Berliner Neuesten Nachrichten“, dem Organ der Schwerindustrie, das heißt hat recht. In Verfall ist es vollbracht worden, zu dessen Beginn die deutschen Kriegesleiter ihr reichlich Teil beigetragen haben.

Ein Generalstabschef. Wie die „N. N.“ erfahren, hat der Minister des Innern durch Erlaß an die Regierungspräsidenten angeordnet, daß eine Vereinigung von Kreispräsidenten noch vorhandene Gelegenheiten über Sozialverhältnisse vorzubereiten werden. Eine Weiterführung solcher Arten ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Der Sieg der Schande.

Das Ausland und der Friede von Versailles.

Wie wir es schon die ganzen Wochen der Friedensdebatte hindurch als einen besonders gültigen Beweis für die jeder Verantwortlichkeit hohen sprechende Form des Vertrages von Versailles bezeichnet hatten, daß die gelamte neutralen Presse Worte und Gedanken der höchsten Brandmarke der Clemenceauschen Politik gefunden hatte, stellen wir heute, nach der Unterzeichnung des Vertrages, mit Genugtuung fest, daß das Ausland auch in der Beurteilung des nun abgeschlossenen Friedens mit uns völlig einig ist.

Es ist selbstverständlich, daß die deutschkaiserliche Presse genau dieselben Besenken ausdrückt, die von uns ausgedrückt worden sind. In fast allen Kommentaren kehrt der Satz wieder, daß dieser Friede seinen Bestand haben werde, da er auf dem Sandboden der Gewalt errichtet sei.

Als eine der markantesten Stimmen der schwedischen Presse mögen hier ein paar Sätze aus einem „Allerlei“-Artikel des Hauptmanns Sjöndahl stehen, die von denen besonders beachtet werden sollten, die nicht müde werden, dem deutschen Volke die Ehre abzusprechen, weil es den Frieden, der Gewalt nachgebend, angenommen habe. Sjöndahl sagt, daß die Entente ihren Sieg mit einer noch unbegreiflichen Schande bedeckt hätte, und schreibt dann:

„Die Entente hat physisch gesiegt, aber Deutschland hat, wie wohl nie zuvor ein belagertes Volk, die ungeteilten Sympathien der rechtschaffenden Völker der Welt. Wir brauchen keine so starken Worte, denn auch diese sind zu schwach, um den Mitleid auszusprechen, welcher den rechtschaffenden Schweden angesichts des Mitleides in Versailles befiel. Wir sind der Ansicht, daß das ganze Gemischtum, welches in dem diskutierten Frieden der Sieger sich verkörpert, keine Schande für Deutschland, sondern für diejenigen ist, die ein derartiges Inferno angerichtet haben. Das germanische Deutschland geht mit Ehre aus dem Krieg hervor.“

Der gleiche Ton erklang aus der schottischen Presse. „Der Welt“, das Sozialistenblatt, sagt:

„Nicht die, welche durch Gewalt und Not gezwungen werden, diesen Vertrag zu unterzeichnen, sondern die, die im Namen der Demokratie die Grundlage für diesen Frieden gelegt haben.“

Wir befürchten Schärfe wird dann in fast allen Gegenden die Tatsache gebrandmarkt, daß die Alliierten sich nicht gescheut haben, die Hungerblockade noch nach dem Frieden aufrechtzuerhalten. Dieser Beschluß der Pariser Machthaber ist ein Beweis „schonungslos der Menschheit“, der fast alle bisherigen Grausamkeiten in den Schatten stellt. Die Dinger „Der Mensch von den Zög“ lautet:

„Der Hunger hat alle unter dem Volk noch gesunde Zeit ihres Lebens verloren. Es ist nicht erloschen, was eine grausame Maßregel noch notwendig ist. Es wird wohl noch nie in der modernen Geschichte vorgekommen sein, daß einem unterworfenen und entvölkerten Volk die Lebensnotwendigkeiten vorenthalten werden wegen einer Formalität, deren Erfüllung außerdem nur von dem Willen der Sieger abhängt.“

Damit ist die noch ausstehende Ratifikation des Berliner Vertrages durch die Parlamente der beteiligten Länder gemeint.

Wenn in der oben zitierten Weise die Presse der neutralen gemessenen Länder urteilt, dann ist es immerhin beachtenswert, daß auch italienische Zeitungen sich deutlich als bisher ihre Unparteilichkeit mit dem Frieden zum Ausdruck bringen. „Corriere della Sera“ sagt:

„Es ist seltsam, daß man die Alliierten daran erinnern muß, daß auch Italien geübt hat, und fragen muß, ob es den Sieg feiern soll, wie es in Paris geschieht. Italienes Freude ist allerdings getrübt, weil ihm kein Einverständnis stritt gemacht wird, und weil auch die Entschädigung darüber, daß man von der Neuordnung der Dinge im Geiste der Gerechtigkeit noch nicht viel weiß. Deutschland muß sich bewußt sein, daß die Kritik an dem Versailler Vertrag nicht von ihm allein, sondern von den Siegern selber ausgeht, und diese Tatsache für die Zukunft aufzuzeichnen.“

Der „Secolo“ stellt fest, daß dieser Frieden von „Männern von hoher Mittelmäßigkeit“ gemacht worden sei und „Italia“ schreibt: „Nicht weisliche Klugheit oder Großmut, sondern glatte Frucht hat diesen unglücklichen Friedensvertrag zustandegebracht, und trotzdem sieht man heute mit der nämlichen Fürcht in die Zukunft. Der Vertrag umschließt von Provokationen. Mit Recht betont Deutschland, daß durch eine Vergewaltigung deutsche Ehre nicht getroffen werden kann.“

Die Freude der Anderen.

Siegerfeier in London.

Amsterdam, 29. Juni. (M. Z.)

Dem „Standard“ wird aus London gemeldet: Insgesamt um 4 Uhr wurde in London der Bericht verbreitet, daß der Friedensvertrag unterzeichnet sei. Mit Begeisterung wurde diese Nachricht aufgenommen. Überall wurden Fahnen herausgeholt, und auf den Straßen wurden Blagen und Fahnen der alliierten Länder verpauft. Eine ungeheure Menschenmenge bewegte sich nachmittags durch die Straßen Londons.

Am 6 Uhr wurde die Unterzeichnung des Friedensvertrages offiziell durch Rannenschüsse in den verschiedenen Vorstädten Londons bekanntgegeben. Scheinwerfer ließen die Straßen leuchten. Ueber dem Buckingham-Palast verwehten sich die unzähligen Straßenlampion. Die Theater und größeren Restaurants hatten zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges die Fronten ihrer Bühnen illuminiert. Überall herrschte Freude und Jubel, aber doch nicht in dem Maße wie am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes.

Gegen 6 Uhr erschienen der König, die Königin, der Prinz von Wales, Prinz Albert und Prinzessin Mary auf dem Balkon. Als der